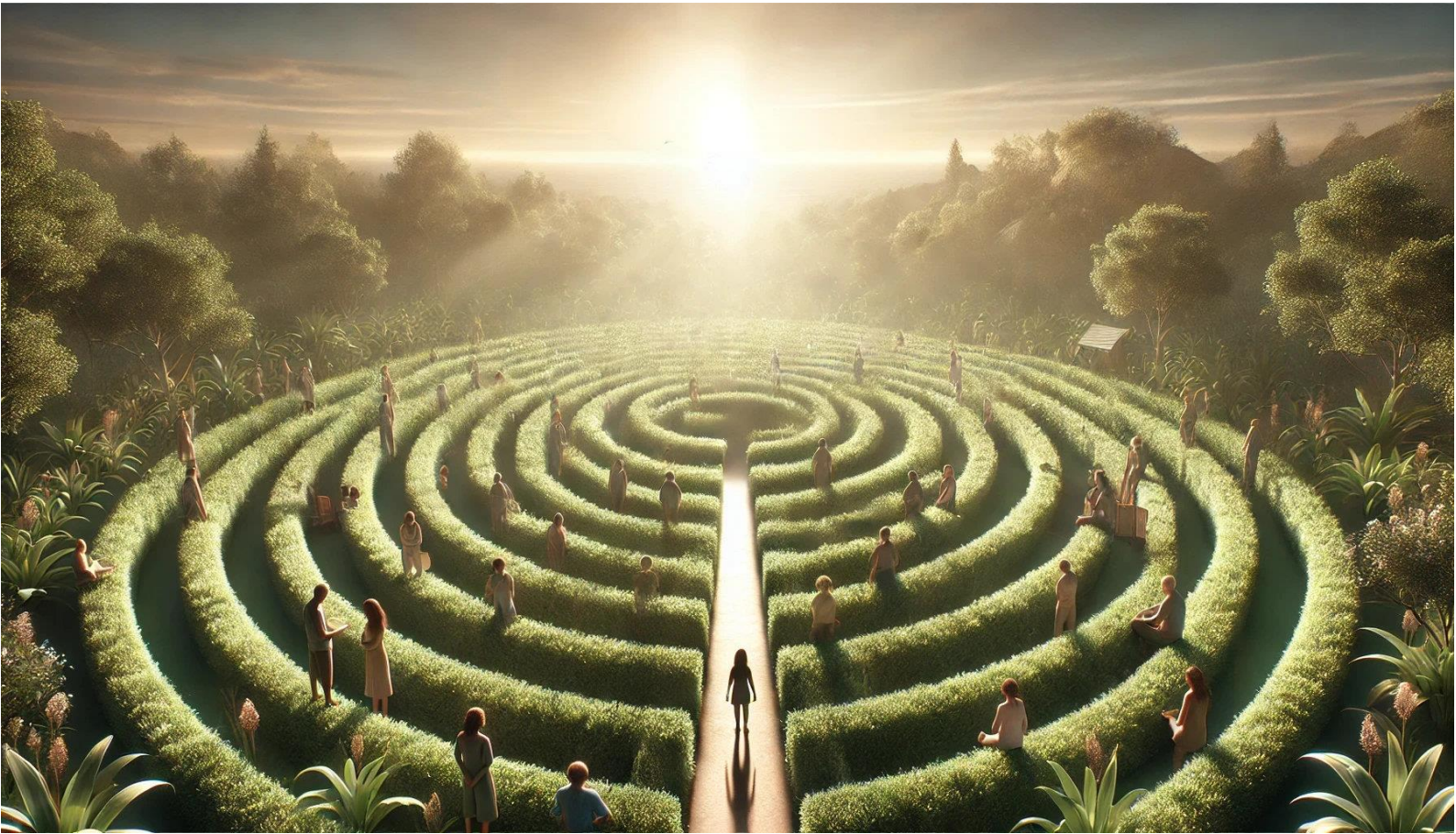




Der Landesverband Psychiatrie-Erfahrener Baden-Württemberg

Positionen, Meinungen und Haltungen

Über uns

Kurzbeschreibung

Der Landesverband Psychiatrie-Erfahrener Baden-Württemberg (LVPEBW) setzt sich als fachlich anerkannte Interessenvertretung für Menschen mit psychischen Erkrankungen oder in psychischen Krisen ein. Seit seiner Gründung in den frühen 90er Jahren hat der Verband durch zahlreiche Initiativen, wie die Förderung von Selbsthilfegruppen und die Teilnahme an psychiatrisch-politischen Diskursen, die Partizipation und Rechte von Psychiatrieerfahrenen maßgeblich verbessert. Der LVPEBW ist aktiv in der öffentlichen Aufklärung und Entstigmatisierung, indem er Vorträge hält und an wichtigen psychiatrischen Veranstaltungen teilnimmt. Einzigartig macht den Verband die Beteiligung von direkt Betroffenen, deren Erfahrungen eine wertvolle Perspektive in die psychiatrische Versorgung einbringen. Der LVPEBW engagiert sich zudem stark in der Weiterentwicklung der Psychiatrie, fordert weniger Zwang und setzt sich für angemessene Wohnformen und bezahlte Arbeit für Psychiatrieerfahrene ein. Durch Projekte wie das Hometreatment und die Unterstützung der Ex-In-Bewegung zeigt der Verband, wie er innovative Ansätze zur Verbesserung der psychiatrischen Landschaft vorantreibt.

Unsere Aktivitäten

Der LVPEBW engagiert sich umfassend in der Interessenvertretung für Psychiatrie-Erfahrene, indem wir aktiv in politischen Gremien mitwirken, Selbsthilfegruppen unterstützen und die Rechte der Betroffenen durch Öffentlichkeitsarbeit stärken. Unsere Arbeit umfasst auch die Ausrichtung regelmäßiger Veranstaltungen wie den Landespsychiatrietag und die Fortbildungstag zur seelischen Gesundheit, und den Selbsthilfetag, die als Plattformen für Austausch, Bildung und Netzwerkbildung dienen. Unsere Online-Präsenz durch die Website und Social Media dient als Informationsquelle und Interaktionsmöglichkeit für Mitglieder und Interessierte. Wir veröffentlichen Stellungnahmen zu aktuellen Themen und setzen uns für eine menschenwürdige Behandlung in der Psychiatrie ein, mit einem besonderen Fokus auf den Recovery-Ansatz (Wiedererlangung eines erfüllten, selbstbestimmten Lebens steht im Vordergrund) und die Reduzierung von Zwangsmaßnahmen. Zudem sind wir Pioniere in der Einführung des Ex-In-Programms (Ex-In bildet Menschen mit eigener Psychiatrieerfahrung zu Genesungsbegleitern aus) und Recovery-

Colleges (Bildungseinrichtungen für psychisch erkrankte Menschen) in Baden-Württemberg und engagieren uns in der Suizidprävention sowie der Sensibilisierung im Umgang mit der Polizei gegenüber psychisch erkrankten Menschen

Positionen und Haltungen des LVPEBW

Zwang und Gewalt in der psychiatrischen Landschaft

Zwang und Gewalt in der psychiatrischen Versorgung sind schwerwiegende Eingriffe, die sowohl ethische als auch praktische Herausforderungen mit sich bringen. Der LVPEBW setzt sich für eine sanftere Psychiatrie ein, die auf Respekt und Wertschätzung basiert.

Einsatz von Zwangsmaßnahmen und ethische Implikationen:

Der LVPEBW wünscht sich eine sanftere Psychiatrie, in der der Einsatz von Zwangsmaßnahmen stark eingeschränkt wird. Zwangsmaßnahmen verstoßen gegen die Selbstbestimmung der Patienten und können schwerwiegende Traumata auslösen. Die ethischen Implikationen solcher Maßnahmen sind erheblich und müssen sorgfältig abgewogen werden.

Strategien zur Verhinderung von Gewalt gegen Patienten:

Gewalt gegen Patienten muss aktiv verhindert werden. Dies erfordert eine Kombination aus präventiven Maßnahmen, Deeskalationstechniken und umfassender Schulung des Personals. Das chronische Unterbesetzen des psychiatrischen Personals führt oft zu einer Übermedikation und vermehrtem Einsatz von Zwang, da Zeit und Geduld fehlen, um sanftere Behandlungsmethoden zu implementieren.

Fixierungen und ihre Dokumentation:

Fixierungen kommen immer noch zu häufig vor und müssen ausnahmslos dokumentiert werden. Obwohl ein vollständiger Verzicht auf Zwang nicht realistisch ist, da es immer Patienten geben wird, die eine akute Gefahr für sich selbst oder andere darstellen, muss der Einsatz von Zwang sorgfältig überwacht werden. Der Eigenschutz der Patienten und des Personals ist dabei stets zu berücksichtigen. Zwang und Gewalt dürfen niemals als Erziehungsmaßnahme eingesetzt werden.

Wertschätzung und Respekt gegenüber Patienten:

Patienten erfahren häufig zu wenig Wertschätzung und Respekt. Sie werden oft wie unmündige Kinder behandelt, insbesondere wenn sie nicht vollständig kooperieren. Maßnahmen wie Zimmerarrest oder Ausgangsverbote sind respektlos und kontraproduktiv. Eine respektvolle und wertschätzende Behandlung der Patienten ist unerlässlich für deren Vertrauen und Genesung.

Sitzwachen und Zwangsmedikation:

Sitzwachen werden als absolut notwendig erachtet, um eine kontinuierliche und sanfte Betreuung zu gewährleisten. Zwangsmedikation sollte vermieden werden, da eine auf Überzeugung basierende Behandlung nachhaltiger ist. Zwang ist nur dann gerechtfertigt, wenn der Patient dem in einem gesunden Zustand zugestimmt hat.

Patientenverfügungen und Behandlungsvereinbarungen:

Patientenverfügungen und Behandlungsvereinbarungen zwischen Psychiatrie und Patienten sind in diesen Fällen sinnvoll und sollten von den Kliniken strikt eingehalten werden. Sie ermöglichen eine Behandlung im Sinne und zum Wohl des Patienten.

Nachbesprechung von Zwangsmaßnahmen:

Nach der Anwendung von Zwang ist eine Nachbesprechung mit dem Patienten und einem unabhängigen Zeugen notwendig. Dies hilft, die Gründe für die Maßnahmen zu verstehen und Traumata abzuschwächen. Eine solche Nachbesprechung kann auch das Verständnis und die Akzeptanz der Maßnahmen erhöhen.

Der Landesverband Psychiatrie-Erfahrener Baden-Württemberg fordert eine menschenwürdige und weitgehend gewaltfreie psychiatrische Versorgung. Durch respektvolle Behandlung, Beteiligung der Betroffenen und Förderung sanfterer Methoden kann eine bessere und humanere Psychiatrie erreicht werden.

Einsatz von Psychopharmaka und Alternativen

Psychopharmaka sind ein zweischneidiges Schwert und werden häufig vom Landesverband Psychiatrie-Erfahrener Baden-Württemberg (LVPEBW) thematisiert. Auf der einen Seite können sie in Krisen- oder Akutsituationen hilfreich sein, auf der anderen Seite wird eine Dauermedikation kritisch betrachtet.

Einsatz von Psychopharmaka in Krisensituationen:

In akuten Krisensituationen können entsprechende Medikamente sinnvoll sein, um die Situation zu stabilisieren und dem Patienten kurzfristig Linderung zu verschaffen. Ein vorsichtiges Einschleichen der Medikation ist hierbei von größter Bedeutung. Das bedeutet, dass mit einer niedrigen Dosierung begonnen wird (Wait and Watch Prinzip), um die Reaktion des Patienten zu beobachten und gegebenenfalls die Dosis anzupassen. Diese Methode ist das Gegenteil der früher üblichen Praxis, mit der Höchstdosis zu beginnen, und stellt eine schonendere Alternative dar. Ausnahmen bilden hierbei nur Notfälle, die eine sofortige Sedierung erfordern.

Psychosoziale Unterstützung und alternative Methoden:

Psychopharmaka sind nur ein Weg von mehreren, um die Genesung der Patienten zu unterstützen. Neben Medikamenten ist eine umfassende psychosoziale Unterstützung essentiell. Ergotherapie, psychologische Betreuung und der Austausch mit anderen Patienten spielen eine wichtige Rolle. Zudem sollten Skills wie Achtsamkeitstraining und Wahrnehmungstraining gefördert werden, um eine reduzierte Medikamenteneinnahme zu unterstützen.

Langfristige Wirkung und Nebenwirkungen:

Es gibt nicht genügend Studien zur langfristigen Wirkung von Psychopharmaka. Die vorhandenen Untersuchungen zeigen, dass die langfristigen Effekte nicht ausreichend bewiesen sind. Neben kurzfristigen Nebenwirkungen können auch schwerwiegende langfristige Nebenwirkungen auftreten. Ein schnelles Absetzen der Medikamente führt oft zu Rebound-Effekten, was bedeutet, dass Krisen aufgrund des abrupten Absetzens auftreten können. Daher ist es wichtig, Medikamente unter ärztlicher Aufsicht langsam auszuschleichen, um Abhängigkeiten zu vermeiden und den Zustand des Patienten stabil zu halten.

Problematik der Medikamentencocktails:

Es werden häufig zu viele verschiedene Medikamente gleichzeitig verschrieben, was zu sogenannten Medikamentencocktails führt. Bei Mischdiagnosen passen die verordneten Medikamente nicht immer zusammen, was die Situation für die Patienten zusätzlich kompliziert und belastend macht.

Fehlender Nutzen bei normalen Prozessen:

Psychopharmaka sollten nicht bei normalen psychischen Prozessen wie Trauer eingesetzt werden. Oftmals unterdrücken Medikamente Emotionen, die jedoch notwendig sind, um vergangene Ereignisse und die Gegenwart aufzuarbeiten. Es fehlt oft an ausreichender Aufklärung im Vorfeld der Medikation, was zu Missverständnissen und falschen Erwartungen führt.

Kritik an der Pharmaindustrie: Trotz Medikation verschwinden psychische Erkrankungen nicht. Die Pharmaindustrie verdient erhebliche Summen und betreibt intensive Lobbyarbeit. Aus diesem Grund fordert der LVPEBW eine strikte Trennung zwischen Pharmaindustrie, Forschung und Ärzten, um Interessenkonflikte zu vermeiden und die Patientenversorgung zu verbessern.

Der Landesverband Psychiatrie-Erfahrener Baden-Württemberg plädiert für einen achtsamen und verantwortungsvollen Umgang mit Psychopharmaka, ergänzt durch andere Behandlungsmethoden und umfassende psychosoziale Unterstützung. Nur so kann eine ganzheitliche und nachhaltige Genesung der Patienten erreicht werden.

Bild von psychisch erkrankten Menschen in den Medien und in der Öffentlichkeit

Das Bild von psychisch erkrankten Menschen in der Öffentlichkeit ist oft negativ und wird stark durch die Forensik geprägt. Dennoch hat sich die Wahrnehmung verbessert, insbesondere da immer mehr psychisch erkrankte Menschen, darunter auch angesehene Prominente, offen darüber sprechen. Diese Offenheit betrifft jedoch meist Depressionen, während selten über Psychosen gesprochen wird.

Negative Darstellungen und Stigmatisierung:

Die Presse trägt wesentlich zu einem negativen Bild bei und löst dadurch eine Stigmatisierung aus. Psychisch erkrankte Menschen werden oft als gefährlich und kriminell dargestellt. Es wird das Bild vermittelt, dass sie nicht leistungsfähig seien und der Gesellschaft hohe Kosten verursachen. Diese Darstellungen sind verzerrt und tragen zur Diskriminierung bei.

Darstellung in Ausnahmesituationen:

Psychisch erkrankte Menschen werden häufig nur in psychischen Ausnahmesituationen gezeigt, selten jedoch positiv während eines Recoveryprozesses. Es gibt zwar Berichterstattung, die die wahren Probleme von psychisch erkrankten Menschen behandelt, doch diese ist selten. Die Aufklärungsarbeit seitens der Medien ist unzureichend und wird größtenteils von den Betroffenen selbst geleistet.

Diskriminierende Wortwahl:

Die Wortwahl in Bezug auf psychisch erkrankte Menschen ist weiterhin diskriminierend, im Gegensatz bei anderen Randgruppen. Begriffe wie "Bekloppte" tragen zur Abwertung und Stigmatisierung bei.

Besondere Fähigkeiten und Talente:

Es wird oft übersehen, dass psychisch erkrankte Menschen trotz ihrer Erkrankung besondere Fähigkeiten und Talente haben. Diese Talente existieren nicht nur in einem "Leben vor der Krankheit", sondern auch während und nach der Erkrankung.

Opfer von Gewalt:

Psychisch erkrankte Menschen sind häufiger Opfer von Gewalt als Täter. Dieses wichtige Detail wird in der öffentlichen Wahrnehmung und Berichterstattung oft ignoriert.

Maßnahmen zur Verbesserung des Bildes:

Wichtig sind Projekte in Schulen, Leserbriefe und Leitfäden für die Presse, um ein differenzierteres und respektvolleres Bild zu fördern. Diese Maßnahmen können helfen, das Verständnis und die Akzeptanz psychisch erkrankter Menschen in der Gesellschaft zu verbessern.

Der Landesverband Psychiatrie-Erfahrener Baden-Württemberg setzt sich dafür ein, dass psychisch erkrankte Menschen in den Medien und der Öffentlichkeit respektvoll und realistisch dargestellt werden. Durch gezielte Aufklärungsarbeit und die Förderung positiver Darstellungen kann die Stigmatisierung reduziert und das Bild von psychisch erkrankten Menschen verbessert werden.

Umgang der Polizei mit psychisch erkrankten Menschen

Der Umgang der Polizei mit psychisch erkrankten Menschen hat sich in den letzten Jahren verbessert. Dennoch gibt es in vielen Fällen ein falsches Verhalten und manchmal sogar Diskriminierung. Es ist entscheidend, dass die Polizei sensibilisiert wird, um unnötige Traumatisierungen zu vermeiden.

Vermeidung zusätzlicher Traumata:

Ein unangemessenes Verhalten der Polizei kann psychisch erkrankten Menschen zusätzliche Traumata zufügen. Aggressives Verhalten seitens der Polizei führt nicht zur Beruhigung der Betroffenen, sondern kann deren Zustand verschlimmern.

Deeskalation und Ausbildung:

Uns ist klar, dass viele Situationen schnelles Handeln erfordern. Dennoch sollte ein tödlicher Schuss wirklich nur die allerletzte Möglichkeit sein. In der Ausbildung der Polizeibeamten sollte der deeskalierende Umgang mit Menschen mit Psychosen und suizidgefährdeten Personen intensiv behandelt und geübt werden. Auch die Symptome psychischer Erkrankungen sollten in der Ausbildung thematisiert werden.

Angebot zur Schulung:

Der Landesverband Psychiatrie-Erfahrener Baden-Württemberg bietet sich für Schulungen in Polizeischulen an. Diese Schulungen können dazu beitragen, das Verständnis für psychisch erkrankte Menschen zu vertiefen und den richtigen Umgang in kritischen Situationen zu fördern.

Datenschutz und Diskretion:

Es ist wichtig, dass keine Dokumentation und Weitergabe von Daten über Diagnosen durch die Behörden erfolgt. Der Schutz der Privatsphäre der Betroffenen muss gewahrt bleiben, um Diskriminierung und Missbrauch vorzubeugen.

Der Landesverband Psychiatrie-Erfahrener Baden-Württemberg fordert eine verstärkte Sensibilisierung und Schulung der Polizei im Umgang mit psychisch erkrankten Menschen. Durch respektvollen und informierten Umgang kann die Polizei dazu beitragen, unnötige Eskalationen zu vermeiden und das Vertrauen der Bevölkerung zu stärken.

Zugang zu mentaler Gesundheitsversorgung

Der Zugang zu mentaler Gesundheitsversorgung ist von entscheidender Bedeutung für die Behandlung und Genesung psychisch erkrankter Menschen. Dennoch gibt es nach wie vor erhebliche Barrieren, die den Zugang zu notwendigen Diensten und Unterstützungsangeboten einschränken.

Barrieren im Zugang:

Eine der größten Hürden ist die mangelnde Verfügbarkeit von Therapieplätzen. Lange Wartezeiten und eine unzureichende Anzahl an Therapeuten führen dazu, dass viele Betroffene nicht rechtzeitig die notwendige Hilfe erhalten. Dies kann zu einer Verschlimmerung der Symptome und längeren Krankheitsverläufen führen.

Kostenzugänglichkeit:

Ein weiteres Hindernis ist die Kostenfrage. Obwohl gesetzliche Krankenkassen in Deutschland viele Leistungen abdecken, gibt es immer noch finanzielle Hürden. Zusatzkosten für bestimmte Therapien oder Medikamente können für viele Betroffene eine erhebliche Belastung darstellen.

Stigmatisierung und Angst:

Stigmatisierung und Angst vor Diskriminierung verhindern oft, dass Menschen rechtzeitig Hilfe suchen. Die Angst, als "verrückt" oder "schwach" abgestempelt zu werden, hält viele davon ab, notwendige Behandlungen in Anspruch zu nehmen.

Regionale Unterschiede:

Der Zugang zu mentaler Gesundheitsversorgung variiert stark je nach Region. In ländlichen Gebieten sind oft weniger spezialisierte Angebote vorhanden als in städtischen Regionen, was zu Ungleichheiten in der Versorgung führt.

Bedeutung der Prävention:

Prävention spielt eine zentrale Rolle im Zugang zu mentaler Gesundheitsversorgung. Frühe Interventionen und Präventionsprogramme können helfen, psychische Erkrankungen frühzeitig zu erkennen und zu behandeln, bevor sie sich verschlimmern.

Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit:

Um den Zugang zu verbessern, ist eine umfassende Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit notwendig. Die Gesellschaft muss besser über psychische Erkrankungen und die verfügbaren Behandlungsmöglichkeiten informiert

werden. Dies kann dazu beitragen, Vorurteile abzubauen und mehr Menschen dazu ermutigen, Hilfe zu suchen.

Einsatz digitaler Technologien:

Der Einsatz digitaler Technologien wie Online-Therapien und Telemedizin kann den Zugang zu mentaler Gesundheitsversorgung erheblich verbessern. Diese Angebote können besonders für Menschen in abgelegenen Regionen oder mit eingeschränkter Mobilität hilfreich sein.

Der Landesverband Psychiatrie-Erfahrener Baden-Württemberg fordert eine Verbesserung des Zugangs zu mentaler Gesundheitsversorgung durch den Abbau von Barrieren, eine bessere finanzielle Unterstützung, verstärkte Präventionsmaßnahmen und den Einsatz moderner Technologien. Eine gerechte und umfassende Versorgung ist essenziell für die Gesundheit und das Wohlbefinden psychisch erkrankter Menschen.

Suizidprävention

Die Suizidprävention ist ein entscheidendes Thema, das immer noch mit vielen Tabus behaftet ist. Ein effektives Vorgehen erfordert umfassende Maßnahmen und die Sensibilisierung der Gesellschaft.

Krisentelefone:

Krisentelefone spielen eine wichtige Rolle in der Suizidprävention. Sie bieten rund um die Uhr eine Anlaufstelle für Menschen in akuten Krisen und stellen eine wichtige Unterstützung dar.

Privilegierter Zugang zu Psychotherapien:

Bei Suizidgefährdung sollte ein privilegierter Zugang zu Psychotherapien gewährleistet sein. Menschen in akuten Krisen müssen schnell und unkompliziert therapeutische Hilfe erhalten können, um lebensgefährdende Situationen zu vermeiden.

Ernstnehmen von Suizidgedanken:

Menschen, die Suizidgedanken äußern, bekommen oft kein offenes Ohr und werden nicht ernst genommen. Es ist essentiell, dass Betroffene auf Verständnis und Unterstützung stoßen. Jeder Hinweis auf Suizidgedanken muss ernst genommen und entsprechend behandelt werden.

Tabuthema in der Gesellschaft:

Suizid ist immer noch ein Tabuthema in der Gesellschaft. Um das Bewusstsein zu schärfen und Betroffenen zu helfen, muss das Thema offen und ohne Vorurteile diskutiert werden. Aufklärungskampagnen und öffentliche Diskussionen können dazu beitragen, das Schweigen zu brechen.

Mental-Health-First-Aid-Helfer:

Mental-Health-First-Aid-Helfer sollten vor allem in Unternehmen und Behörden präsent sein. Diese Helfer können erste Unterstützung leisten und Betroffene zu den richtigen Stellen weiterleiten. Ihre Präsenz kann helfen, Krisen frühzeitig zu erkennen und zu verhindern.

Unbekannte Gefährdete:

Viele gefährdete Personen sind in ihrem persönlichen Umfeld nicht als suizidgefährdet bekannt. Daher ist es wichtig, dass jeder in der Gesellschaft sensibilisiert ist und potenzielle Anzeichen erkennen kann.

Engagement des LVPEBW:

Engagierte Mitglieder des LVPEBW haben in der Vergangenheit bereits Vorträge gehalten und an Diskussionsrunden teilgenommen. Angesichts der Bedeutung des Themas sollte die Suizidprävention zentral von einem Vorstandsmitglied gesteuert werden, um eine koordinierte und effektive Vorgehensweise sicherzustellen.

Der Landesverband Psychiatrie-Erfahrener Baden-Württemberg setzt sich für eine umfassende Suizidprävention ein. Durch Krisentelefone, privilegierten Zugang zu Therapien, ernsthaftes Zuhören und die Enttabuisierung des Themas kann viel bewirkt werden. Zudem ist die Ausbildung von Mental-Health-First-Aid-Helfern und die Sensibilisierung der Gesellschaft von großer Bedeutung. Nur durch gemeinsames Handeln können wir Leben retten und die psychische Gesundheit stärken.

Stigma gegenüber psychisch Erkrankten

Psychiatrieerfahrene (PEs) sind häufig mit erheblichen Stigmatisierungen konfrontiert, die tiefgreifende Auswirkungen auf ihr Leben und ihre Genesung haben. Der Verlust von Freunden, Familie und Arbeitgebern ist keine Seltenheit, was die Isolation und Verzweiflung der Betroffenen noch verstärkt.

Verlust von sozialen Bindungen und beruflicher Sicherheit: PEs verlieren oft alles, was sie sich aufgebaut haben – sei es Freundschaften, familiäre Beziehungen oder Arbeitsplätze. Diese Verluste führen zu einer tiefen Verunsicherung und Selbstzweifeln.

Stigmatisierung und Selbststigmatisierung: Die gesellschaftliche Stigmatisierung führt häufig zu einer Selbststigmatisierung. Psychisch erkrankte Menschen nehmen die negativen Vorurteile der Gesellschaft an und beginnen, sich selbst als schwach, faul oder schuldig an ihrer Erkrankung zu sehen. Solche Selbstzweifel verhindern eine offene Auseinandersetzung mit der eigenen Krankheit und erschweren die Genesung.

Vorurteile und gesellschaftliche Tabus: Vorurteile wie "Psychisch erkrankte Menschen übertreiben ihre Symptome", "sie sind selbst schuld an ihrer Erkrankung" oder "man muss sich für sie schämen" sind weit verbreitet. Psychische Erkrankungen und persönliche Probleme sind immer noch Tabuthemen, über die nicht gesprochen wird. Diese Stigmatisierung führt dazu, dass Menschen mit psychischen Erkrankungen häufig als bevorzugte Mobbingopfer fungieren und bei Bewerbungen keine Chance haben.

Probleme im Arbeitsumfeld: Arbeitgeber sind oft nicht loyal gegenüber physisch erkrankten Mitarbeitern und wissen nicht, wie sie mit ihnen umgehen sollen. Anstatt Unterstützung zu bieten, entledigen sich viele Arbeitgeber dieser Menschen durch Kündigungen. Bei einer Offenlegung der Erkrankung bei Bewerbungen sind Menschen mit psychischen Erkrankungen meistens chancenlos.

Stigmatisierung durch die junge Generation: In Schulen und unter jungen Menschen ist die Stigmatisierung von Menschen mit psychischen Erkrankungen ebenfalls weit verbreitet. Die Unwissenheit und Vorurteile führen zu Ausgrenzung und Mobbing.

Rolle der Medien: Medien tragen durch diskriminierende Bezeichnungen und negative Darstellungen zur Stigmatisierung bei. Die Berichterstattung über psychische Erkrankungen ist oft einseitig und negativ.

Engagement des LVPEBW: Der LVPEBW sieht sich selbst als Vorbild und zeigt, dass Psychiatrieerfahrene trotz ihrer Erkrankung etwas leisten können. Wir Vorstände bekennen uns zu unserer Krankheit und legen diese offen. Der LVPEBW betreibt intensive Aufklärungsarbeit und organisiert den Mad Pride Day, um gegen Stigmatisierung anzukämpfen. Seit Beginn unterstützen wir das

"In Würde zu sich stehen"-Programm der Uni Ulm, das psychisch erkrankten Menschen bei der Entscheidung zur Offenlegung ihrer Erkrankung hilft.

Der Landesverband Psychiatrie-Erfahrener Baden-Württemberg fordert eine offene und respektvolle Auseinandersetzung mit psychischen Erkrankungen. Durch Aufklärung, Unterstützung und das Vorleben eines selbstbewussten Umgangs mit der eigenen Erkrankung können wir das Stigma überwinden und eine inklusive Gesellschaft fördern.

Burnout und Stress am Arbeitsplatz / Arbeitgeberverantwortung

Der Landesverband Psychiatrie-Erfahrener Baden-Württemberg (LVPEBW) fühlt sich auch für Betroffene von Burnout und stressbedingten Krankheiten am Arbeitsplatz verantwortlich. Burnout ist eine ernste Erkrankung, die durch chronische Überlastung und Stress am Arbeitsplatz verursacht wird.

Tabu der Überlastung: Bei vielen Arbeitnehmern ist es ein Tabu, über Überlastung zu sprechen. Die Angst vor Stigmatisierung und Jobverlust hält viele davon ab, ihre Probleme offen anzusprechen. Es ist wichtig, dieses Tabu zu brechen und eine offene Kommunikationskultur zu fördern.

Verantwortung des Arbeitgebers: Wir sehen den Arbeitgeber in der Verantwortung, entsprechende Fürsorge zu leisten und ein unterstützendes Umfeld zur Verfügung zu stellen. Dazu gehört die Sensibilisierung für die Gefahren von Überlastung und Stress sowie die Bereitstellung von Ressourcen zur Stressbewältigung.

Ausbildung zum Mental-Health-First-Aid-Helfer (MHFA): Die Ausbildung zum MHFA-Helfer ist eine sinnvolle Investition, um erste Hilfe bei psychischen Problemen am Arbeitsplatz zu leisten. Diese Helfer können frühzeitig Anzeichen von Burnout erkennen und Betroffene unterstützen, bevor sich die Situation verschlimmert.

Ruheräume am Arbeitsplatz: Entsprechende Ruheräume am Arbeitsplatz sind sinnvoll, um den Mitarbeitern die Möglichkeit zu geben, sich während des

Arbeitstages zu erholen und Stress abzubauen. Solche Rückzugsorte können dazu beitragen, die psychische Gesundheit der Mitarbeiter zu fördern.

Sensibilisierung der Arbeitgeber: Arbeitgeber sollten sich dafür sensibilisieren, dass hoher Druck und ständige Überlastung zu psychischen Erkrankungen führen können. Diese Erkrankungen verursachen nicht nur Leid für die Betroffenen, sondern auch erhebliche Kosten für Unternehmen und Gesellschaft. Ein gesundes Arbeitsumfeld ist daher nicht nur im Interesse der Arbeitnehmer, sondern auch der Arbeitgeber.

Wert der psychischen Gesundheit im Fachkräftemangel: Menschen mit psychischen Erkrankungen sind im Zuge des Fachkräftemangels eine unverzichtbare Ressource. Ihre Fähigkeiten und Erfahrungen sind wertvoll, und es ist wichtig, dass Arbeitgeber diese Potenziale erkennen und fördern. Ein unterstützendes und verständnisvolles Arbeitsumfeld kann dazu beitragen, die Leistungsfähigkeit und Loyalität dieser Mitarbeiter zu erhalten und zu steigern.

Der Landesverband Psychiatrie-Erfahrener Baden-Württemberg setzt sich dafür ein, dass Arbeitgeber ihre Verantwortung für die psychische Gesundheit ihrer Mitarbeiter ernst nehmen. Durch Sensibilisierung, Ausbildung und die Schaffung unterstützender Strukturen können Burnout und stressbedingte Erkrankungen wirksam bekämpft werden.

Qualität der psychischen Gesundheitsversorgung

Die Bewertung und Verbesserung der Versorgung psychisch erkrankter Menschen ist ein zentrales Anliegen des Landesverbands Psychiatrie-Erfahrener Baden-Württemberg (LVPEBW). Während die Quantität der Versorgung oft als unzureichend betrachtet wird, beurteilt der LVPEBW die Qualität der psychischen Gesundheitsversorgung positiver.

Fixierung auf Medikamente: Psychiater sind oft zu sehr auf Medikamente fixiert und begegnen den Patienten nicht auf Augenhöhe. Ein ganzheitlicher Ansatz, der über die medikamentöse Behandlung hinausgeht, ist notwendig, um den individuellen Bedürfnissen der Patienten gerecht zu werden.

Veraltete Strukturen in der Psychiatrie: Viele Psychiatrien basieren noch auf alten Dogmen und sind nicht modernisiert. Es ist dringend erforderlich, diese veralteten Strukturen aufzubrechen und zeitgemäße, patientenzentrierte Konzepte zu implementieren.

Erweiterung des Soteria-Konzepts: Das Soteria-Konzept, das auf eine menschlichere und weniger restriktive Behandlung von psychisch erkrankten Menschen setzt, sollte erweitert werden. Dies gilt sowohl für die Verbreitung in Baden-Württemberg als auch für die Anwendung auf weitere Zielgruppen. Soteria-Einrichtungen bieten eine alternative, gemeinschaftsorientierte Behandlungsmöglichkeit, die mehr Raum für persönliche Genesung lässt.

Stärkung des Recovery-Ansatzes: Der Recovery-Ansatz, der die persönliche Genesung und Selbstbestimmung der Patienten in den Mittelpunkt stellt, muss mehr Raum gewinnen. Dieser Ansatz fördert die aktive Beteiligung der Patienten an ihrer eigenen Behandlung und unterstützt sie dabei, ein erfülltes Leben zu führen, trotz der psychischen Erkrankung.

Integration von Genesungsbegleitern: Genesungsbegleiter, die selbst Erfahrung mit psychischen Erkrankungen haben und ihre Genesung erfolgreich bewältigt haben, sollten in die Kliniken integriert werden. Ihre Erfahrungen und ihr Wissen können den Patienten wertvolle Unterstützung bieten und die Qualität der Versorgung verbessern.

Der Landesverband Psychiatrie-Erfahrener Baden-Württemberg fordert eine konsequente Verbesserung der Qualität der psychischen Gesundheitsversorgung durch die Implementierung moderner, ganzheitlicher und patientenzentrierter Ansätze. Die Erweiterung des Soteria-Konzepts, die Stärkung des Recovery-Ansatzes und die Integration von Genesungsbegleitern sind wichtige Schritte auf diesem Weg.

Innovationen in der Gesundheitsversorgung

Neue Ansätze und Technologien in der psychischen Gesundheitsversorgung spielen eine wichtige Rolle bei der Verbesserung der Behandlung und Unterstützung psychisch erkrankter Menschen. Der Landesverband Psychiatrie-Erfahrener Baden-Württemberg (LVPEBW) setzt sich für die Implementierung und Förderung innovativer Methoden ein. Dies sind insbesondere:

Offener Dialog: Der Offene Dialog ist ein Behandlungsansatz, der auf transparenter Kommunikation und gleichberechtigter Einbeziehung aller Beteiligten basiert. Ziel ist es, Krisen frühzeitig zu erkennen und gemeinsam Lösungen zu finden.

Soteria: Das Soteria-Konzept bietet eine alternative und weniger restriktive Behandlungsmöglichkeit für psychisch erkrankte Menschen. Es legt den Fokus auf eine menschliche und respektvolle Behandlung in einer häuslichen Umgebung.

StäB (Stationsäquivalente Behandlung): StäB ermöglicht eine intensive, krankenhausesquivalente Behandlung im häuslichen Umfeld der Patienten. Dies fördert die Genesung in der gewohnten Umgebung und vermeidet die negativen Auswirkungen eines Klinikaufenthalts.

Krisendienste: Der LVPEBW hält es für einen großen Fehler, dass in Baden-Württemberg die Einführung von Krisendiensten noch nicht erfolgt ist. Krisendienste bieten rund um die Uhr Unterstützung für Menschen in akuten psychischen Krisen und sind eine wichtige Ergänzung des Versorgungssystems.

Soziotherapie: Soziotherapie ist eine Therapieform, die Menschen mit schweren psychischen Erkrankungen hilft, soziale Fähigkeiten zu entwickeln und zu erhalten. Der LVPEBW ist enttäuscht, dass Soziotherapie immer weniger gefördert wird, obwohl sie eine wertvolle Unterstützung für die Betroffenen darstellt.

EX-IN: EX-IN (Experienced Involvement) ist ein Programm, das Menschen mit eigenen psychischen Erkrankungserfahrungen ausbildet, um als Genesungsbegleiter in Kliniken und Einrichtungen zu arbeiten. Der LVPEBW setzt sich dafür ein, dass EX-IN in jede Klinik und Einrichtung gehört.

AWS – Assistenz in Wohn- und Sozialraum: Ambulant Betreutes Wohnen mit Assistenzleistungen (AWS) ist in vielen Fällen sinnvoll, wenn ein selbständiges Leben allein nicht möglich ist. Es ist jedoch wichtig, dass diese Hilfe nicht zu großen Abhängigkeiten führt und eine gewisse Selbstständigkeit gewahrt wird. AWS sollte als Hilfe zur Selbsthilfe konzipiert sein.

Selbsthilfegruppen: Selbsthilfegruppen sind eine wichtige Ergänzung zur Behandlung und sollten in Kliniken aktiv beworben werden. Sie bieten den Betroffenen die Möglichkeit, sich auszutauschen, Unterstützung zu finden und gemeinsam Lösungen zu erarbeiten.

Der Landesverband Psychiatrie-Erfahrener Baden-Württemberg fordert die konsequente Förderung und Implementierung innovativer Ansätze in der psychischen Gesundheitsversorgung. Durch den Offenen Dialog, das Soteria-Konzept, StäB, Krisendienste, Soziotherapie, EX-IN, AWS und Selbsthilfegruppen kann eine umfassende und patientenzentrierte Versorgung gewährleistet werden.

Gesetzliche Rahmenbedingungen

Aktuelle und geplante Gesetzesänderungen zur Verbesserung der psychischen Gesundheitsversorgung sind von großer Bedeutung. Der Landesverband Psychiatrie-Erfahrener Baden-Württemberg (LVPEBW) beobachtet jedoch mit Sorge, dass einige gesetzliche Regelungen die Situation der psychisch erkrankten Menschen verschlechtern könnten.

Ambulante Behandlungsweisung: Der LVPEBW lehnt die ambulante Behandlungsweisung ab. Diese Maßnahme kann zu einer unfreiwilligen Behandlung führen, die die Selbstbestimmung der Betroffenen einschränkt und das Vertrauen in die therapeutische Beziehung untergräbt.

Bundesteilhabegesetz (BTHG): Das BTHG ist zu kompliziert und wurde in Baden-Württemberg sogar noch komplizierter gestaltet. In jedem Landkreis gelten unterschiedliche Regeln, da jeder Landkreis eigenständig mit den Trägern verhandelt. Anstatt die Individualität der Erkrankten zu fördern, erhöht das BTHG die Bürokratie und erschwert den Zugang zu den notwendigen Unterstützungsleistungen.

Unterrepräsentierung in den EUTBs: In den Ergänzenden Unabhängigen Teilhabeberatungen (EUTBs) sind psychische Erkrankungen mittlerweile unterrepräsentiert. Dies führt dazu, dass die spezifischen Bedürfnisse von psychisch erkrankten Menschen nicht ausreichend berücksichtigt und adressiert werden.

Erhalt im ersten Arbeitsmarkt: Die gesetzlichen Regelungen sollten anregen und ermöglichen, dass psychisch erkrankte Menschen im ersten Arbeitsmarkt verbleiben können. Der Erhalt eines Arbeitsplatzes ist ein wichtiger Faktor für die soziale Integration und das psychische Wohlbefinden der Betroffenen. Es ist

notwendig, gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die dies unterstützen und erleichtern.

Der Landesverband Psychiatrie-Erfahrener Baden-Württemberg fordert eine Überprüfung und Anpassung der gesetzlichen Regelungen, um die tatsächlichen Bedürfnisse von psychisch erkrankten Menschen zu berücksichtigen und deren Lebenssituation zu verbessern. Weniger Bürokratie, mehr Individualität und die Förderung der beruflichen Integration sind hierbei von zentraler Bedeutung.

Recovery

Recovery ist ein Ansatz, der darauf abzielt, dass psychisch erkrankte Menschen trotz ihrer Erkrankung ein erfülltes und bedeutungsvolles Leben führen können. Dabei geht es nicht um die vollständige Heilung der Erkrankung, sondern um die persönliche Entwicklung und das Erreichen von Lebenszielen, die für den Einzelnen wichtig sind.

Überwindung der persönlichen Krise: Im Mittelpunkt des Recovery-Ansatzes steht die Überwindung der persönlichen Krise. Dies bedeutet, dass Betroffene lernen, mit Selbstwertproblemen umzugehen, soziale Kontakte aufzubauen, Vertrauen in ihre eigenen Fähigkeiten zu entwickeln und Verantwortung für ihr eigenes Leben zu übernehmen. Der Fokus liegt darauf, die persönlichen Ressourcen zu stärken und die individuellen Ziele zu erreichen.

Sinnvoller Ansatz zur Genesung: Der Recovery-Ansatz ist ein sinnvoller Weg, um eine nachhaltige Genesung zu erreichen. Er fördert die Selbstbestimmung und Autonomie der Betroffenen, indem er sie ermutigt, aktive Schritte zur Verbesserung ihrer Lebenssituation zu unternehmen. Dies kann beispielsweise durch das Setzen und Verfolgen von persönlichen Zielen, die Teilnahme an Selbsthilfegruppen oder das Erlernen neuer Fähigkeiten geschehen.

Weiterentwicklung zur Behandlungsmethode: Der LVPEBW setzt sich dafür ein, dass der Recovery-Ansatz zu einer anerkannten Behandlungsmethode weiterentwickelt wird. Kurse, die Recovery-Wege vermitteln, können Betroffenen helfen, ihren eigenen Weg zur Genesung zu finden und zu gehen. Diese Kurse sollten systematisch in die psychische Gesundheitsversorgung integriert werden, um den Betroffenen die notwendige Unterstützung und Anleitung zu bieten.

Verbesserung psychischer Krisen: Durch den Recovery-Ansatz können psychische Krisen besser bewältigt werden. Der Fokus auf persönliche Ressourcen und Selbsthilfe ermöglicht es den Betroffenen, effektive Strategien zur Krisenbewältigung zu entwickeln und langfristige Stabilität zu erreichen. Dies führt zu einer verbesserten Lebensqualität und einer stärkeren Resilienz gegenüber zukünftigen Herausforderungen.

Aufklärungsarbeit des LVPEBW: Der Landesverband Psychiatrie-Erfahrener Baden-Württemberg betreibt intensive Aufklärungsarbeit, um den Recovery-Ansatz bekannter zu machen. Wir setzen uns dafür ein, dass Recovery als fester Bestandteil der psychischen Gesundheitsversorgung anerkannt und gefördert wird. Durch Vorträge, Workshops und Informationskampagnen wollen wir das Bewusstsein für die Bedeutung von Recovery schärfen und Betroffene sowie Fachkräfte über die Möglichkeiten und Vorteile dieses Ansatzes informieren.

Der Landesverband Psychiatrie-Erfahrener Baden-Württemberg fordert die konsequente Förderung des Recovery-Ansatzes. Durch die Anerkennung und Integration von Recovery in die Behandlung kann die Lebensqualität psychisch erkrankter Menschen nachhaltig verbessert werden.

Juni 2024

Die Vorstände des LVPEBW:

Dr. Charlotte Klempt

René Müller

Elke Sterzenbach

Sybille Michalski

LVPEBW e.V. Yorkstraße 27, 89075 Ulm
kontakt@lvpebw.de, www.lvpebw.de

